

22264-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Zusammenlegung / Erweiterung Mittelschule Königsbrunn - Objektplanung Gebäude und Innenräume, gem. § 33 ff HOAI 2021
OJ S 9/2025 14/01/2025
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Königsbrunn

E-Mail: vergabestelle@koenigsbrunn.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Zusammenlegung / Erweiterung Mittelschule Königsbrunn - Objektplanung Gebäude und Innenräume, gem. § 33 ff HOAI 2021

Beschreibung: Zusammenlegung und Erweiterung der Mittelschule am Standort Süd, Römerallee 1, 86343 Königsbrunn. Gegenstand der Beauftragung ist die Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. § 33 ff HOAI 2021.

Kennung des Verfahrens: 6605bbe1-6510-49c2-96a6-80ce185ac9d7

Interne Kennung: 246587

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Gegenstand des Verfahrens ist die Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. § 33 ff HOAI 2021.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71220000 Architekturentwurf, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Marktplatz 7

Stadt: Königsbrunn

Postleitzahl: 86343

Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Landkreis (DE276)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4DB3H1UW Teilnahmeanträge und Angebote dürfen ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabepattform eingereicht werden. Eine Einreichung per E-Mail oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Rückfragen jedoch sind über Bietermitteilungen unverschlüsselt über die Vergabepattform möglich. a) Die ausgefüllten Teilnahmeanträge (und später im Verfahren entsprechend auch die Angebote) sind unter Angabe des Vor- und Nachnamens des gesamtverantwortlichen Vertreters des Bewerbers / der Bewerbungsgemeinschaft und mit den geforderten Nachweisen, Erklärungen und Anlagen zwingend innerhalb der Einreichungsfrist ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabepattform einzureichen. Eine Einreichung per Email oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Nicht formgerechte bzw. formlose Bewerbungen werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Angebote, die nicht form-oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Absatz 1 Satz 1 VgV). b) Während der Bewerbungsphase sind Rückfragen ausschließlich elektronisch als Bewerberfragen-/ mitteilungen unverschlüsselt über den Kommunikationsbereich der Vergabepattform bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist an den AG zu richten. Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen unter der zuvor genannten Vergabepattform bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist veröffentlicht. c) Bewerbungsunterlagen können nur verschlüsselt elektronisch eingereicht werden und verbleiben beim AG. Der AG bedient sich bei der Auswertung eines externen Verfahrensbetreuers, dem die Bewerbungsunterlagen hierfür vertraulich bereitgestellt werden. d) Geforderte Nachweise sind elektronisch, nicht deutschsprachige Nachweise in einer beglaubigten Übersetzung, der Bewerbung beizulegen. e) Informationspflicht des Bewerbers: Die Teilnehmer/die Bewerber verpflichten sich, sich eigenverantwortlich bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist auf der zuvor genannten Vergabepattform zu informieren, ob Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Weiter werden die Bewerber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich in besonderen Fällen die Notwendigkeit ergeben kann, die Teilnahmefrist auch noch innerhalb der zuvor genannten 6 Kalendertage abzuändern oder zu verschieben. Entsprechende Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen werden unverzüglich auf zuvor genannter Vergabepattform veröffentlicht. Es wird darauf hingewiesen, dass alle veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen Bestandteil der Vergabeunterlagen sind. Sollten sich die veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen auf den Teilnahmeantrag auswirken, gelten folgende Regelungen: Ist der Teilnahmeantrag bereits elektronisch eingereicht worden, so ist dem Auftraggeber bis zum Ende der Teilnahmefrist über die Vergabepattform mitzuteilen, sofern: - der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und kein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird,- der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und ein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird. Der neue Teilnahmeantrag muss vor Ende der Teilnahmefrist elektronisch vorliegen, - der alte Teilnahmeantrag -ergänzt um das Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben aufrechterhalten werden soll. Auf die Möglichkeit diese, vom speziellen Einzelfall abhängige Variante wählen zu können, wird in dem betreffenden Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben ausdrücklich hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass das unterzeichnete Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben vor Ablauf der Teilnahmefrist dem Auftraggeber elektronisch vorliegen muss, - der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechterhalten werden soll. In diesem Fall wird darauf hingewiesen, dass ein bereits eingereichter Teilnahmeantrag, wenn erforderlich, an die Erläuterungs-,

Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben angepasst werden muss. Sofern keine gesonderte Mitteilung eingeht, wird davon ausgegangen, dass der alte Teilhmeantrag unverändert aufrechtgehalten wird.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vGV -

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 1

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 1

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: a) Erklärung des Bewerbers über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 und § 124 GWB; b) Erklärung über das Nichtvorliegen von Eintragungen im Wettbewerbsregister; c) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 MiLoG; d) Erklärung des Bewerbers, ob und auf welche Art wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen bestehen; e) Ist der Bewerber eine juristische Person, zu deren satzungsgemäßigem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Planungsleistungen gehören, ist diese nur teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bewerbers gem. § 43 Abs. 1 VgV i. V. m. § 75 Abs. 3 VgV nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Leistungserbringer die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt; f) Will sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrags der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, hat er diese zu benennen. Der Bewerber muss außerdem gem. § 36 Abs. 1 VgV und § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV angeben, welche Teile des Auftrags er beabsichtigt als Unterauftrag zu vergeben. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist abzugeben; g) Der Bewerber muss bereit sein, im Auftragsfall eine Erklärung gem. § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben; h) Erklärung des Bewerbers über die Bildung von Bewerbergemeinschaften. Bewerbergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch und haben mit ihren Eignungsnachweis eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter benannt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren. Mehrfachbeteiligungen sind auch Teilnahmen unterschiedlicher Niederlassungen eines Bewerberbüros sowie mehrerer Mitglieder ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften; i) Erklärung Bezug Russland; j) Erklärung Masernschutzgesetz

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Zusammenlegung / Erweiterung Mittelschule Königsbrunn - Objektplanung Gebäude und Innenräume

Beschreibung: Die Stadt Königsbrunn plant die Zusammenlegung und Erweiterung der Mittelschule am Standort Süd, Römerallee 1, 86343 Königsbrunn. Gegenstand der Beauftragung sind Leistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. § 33 ff HOAI 2021, LPH 1-9 bei stufenweiser Beauftragung. Ggf. werden auch verschiedene besondere Leistungen beauftragt. Das Bauvorhaben soll als Clusterschule mit "Lernlandschaften" aufbauend auf einem pädagogischen Raumfunktionsbuch realisiert

werden. Der voraussichtliche Raumbedarf liegt bei einer 4- bis 5-zügigen Schule für 6 Jahrgangsstufen und 3-zügig für die M-Zug-Klassen. Zusätzlich sind Sonderklassen (wie Projektklassen, Deutschklassen etc.) vorgesehen. Ziel der Planung ist unter anderem eine hohe Flexibilität der Räume nach dem Lernlandschaft-Konzept, welches verschiedene pädagogische Ansätze ermöglicht. Das Projekt ist wirtschaftlich und nachhaltig umzusetzen, bei gleichzeitig hohem gestalterischem Anspruch. Die neue Mittelschule Königsbrunn muss auch aus architektonischer Sicht ein Wohlfühlort für die Nutzer werden. Für die neue Mittelschule ist ein Gesamtkonzept zu entwickeln, bei dem die Fachplaner frühzeitig eingebunden werden müssen. Die Haustechnik ist in das gestalterische Gesamtkonzept zu integrieren. Sichtbare technische Dachaufbauten sind explizit unerwünscht. Der Rückbau der bestehenden Schule am Standort Nord ist nicht Teil dieser Beauftragung. Die Schüler des Standorts Süd werden während der Baumaßnahme an einem anderen Standort unterrichtet. Der zweigeschossige Bestandsbau (Baujahr 2005) bedarf einer energetischen Sanierung und einer neuen Fassade. Die Auftraggeberin hat sich die Vorgabe gegeben kommunale Gebäude mindestens im Energieeffizienzstandard 40 zu erstellen, dies gilt auch für Generalsanierungen. Die neue Mittelschule ist in ihrer Gänze mindestens im Energieeffizienzstandard 40 zu errichten. Die Fachlehrsäle und die Verwaltungsräume sind zum größten Teil bereits im Bestandsbau vorhanden, sodass die aktuellen Räume des Bestands nur teilweise umstrukturiert werden müssen. Der Bestandsbau ist durch einen Erweiterungsanbau zu ergänzen. Die bestehende Zweifeldsporthalle soll um ein Feld, und die dazugehörigen Sanitär- und Nebenräume erweitert werden. Eine Unterkellerung ist nicht angedacht. Alle Gebäudeteile sind miteinander zu verbinden. Hierbei ist insbesondere auf die Gewährleistung des Brandschutzes bei der Verbindung zum Bestand zu achten. Ein Brandschutzplaner wird gesondert beauftragt. Die Auftraggeberin versucht, soweit möglich, auf den Einsatz von mechanischen Lüftungsanlagen zu verzichten. Ziel ist es in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachplanern ein Lüftungskonzept zu erarbeiten und umzusetzen, welches eine gute Innenraumluftqualität gewährleistet. Primär sind für die Mittelschule freie Lüftungskonzepte, Querlüftungskonzepte, Nachtauskühlungskonzepte und ggf. geregelte Fensterspaltlüftungskonzepte zu entwickeln. Mechanische Lüftungsanlagen oder Hybridlüftungssystemen sind nur in Bereichen, die mit freier Lüftung nicht belüftet werden können, vorzusehen. Bereitschaft zur Unterstützung, Entwicklung und Umsetzung eines innovativen, nachhaltigen Lüftungskonzepts auf der Basis freier Lüftung, unter größtmöglichem Verzicht auf mechanischen Lüftungsanlagen, wird vorausgesetzt. In der zweiten Verfahrensstufe ist ein Lösungsvorschlag (planerisches Konzept) für den Umbau des Bestandsgebäudes und die Erweiterung der Mittelschule samt Sporthalle in Form von Skizzen oder Handzeichnungen inklusive textlicher Erläuterung zur Umsetzung der Idee einzureichen. Hierbei muss sowohl das Raumkonzept, als auch die Wirtschaftlichkeit und der Umgang mit dem Klimawandel überzeugen. Wert ist vor allem auf Adress- und Identitätsbildung, Atmosphäre und Raumwahrnehmung sowie Nachhaltigkeit zu legen. Ziel ist eine Schule im "Grünen" als eine "grüne Schule" in Weiterführung des Konzeptes vom Bestandsgebäude mit einem funktionalen und wirtschaftlichen, aber auch architektonisch ansprechenden, Konstruktionsansatz (ggf. mit vorgefertigten Elementen, Modulen etc.). Die Lebenszyklusbetrachtung und die CO₂-Gesamtbilanz sind zu beachten. Als Grundlage dient das von der Auftraggeberin in der zweiten Verfahrensstufe zur Verfügung gestellte Raumfunktionsbuch. Dieses ist zwingend zu berücksichtigen. Die Auftraggeberin stellt außerdem eine Machbarkeitsstudie zur Verfügung. Der Lösungsvorschlag kann darauf aufbauen, die Auftraggeberin ist jedoch offen für neue Ideen und Optimierungsvorschlägen zur Umsetzung des Bauvorhabens. Die Auftraggeberin möchte mit den Lösungsvorschlägen vorrangig einen Eindruck von der kreativen Haltung und der Vision der Architekten für das Bauvorhaben gewinnen. Die Lösungsvorschläge werden pauschal mit 5.000 Euro brutto

vergütet. Die Tiefe der Ausarbeitung ist an die Honorierung anzupassen. Nach Beauftragung wird bei den Teilleistungen der LPH 2 das Honorar für den Lösungsvorschlag dem Verfahrenssieger in Abzug gebracht. ---- Bei diesem Projekt werden Förderungen beantragt. Bei der Fördermittelbeschaffung soll mitgewirkt werden. Die Einreichung des Förderantrags ist für September 2026 vorgesehen. Bis dahin muss der Bauantrag gestellt werden. ----
Zeitschiene: Die Vergabeverhandlung findet voraussichtlich im Mai 2025 statt. Die Auftragsvergabe ist im Sommer 2025 und der darauffolgende Projektstart ist im Herbst 2025 vorgesehen. Baubeginn ist für das Frühjahr 2028 geplant, die Fertigstellung soll im 1. Quartal 2031 erfolgen, die Nutzungsaufnahme ist für spätestens September 2031 geplant. ----
Hinweis: Die Projektbesprechungen finden in deutscher Sprache statt.
Interne Kennung: OBJ

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71220000 Architekturentwurf, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Beabsichtigt ist eine stufenweise Beauftragung: Stufe 1: LPH 1-2, gem. § 34 ff HOAI 2021, Stufe 2: LPH 3-4, gem. § 34 ff HOAI 2021, Stufe 3: LPH 5-7, gem. § 34 ff HOAI 2021, Stufe 4: LPH 8-9, gem. § 34 ff HOAI 2021. ---- Zunächst wird nur die Stufe 1 beauftragt. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung der weiteren Stufen oder etwaiger besonderer Leistungen besteht nicht.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Marktplatz 7

Stadt: Königsbrunn

Postleitzahl: 86343

Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Landkreis (DE276)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 30/09/2025

Enddatum der Laufzeit: 01/09/2031

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Das genannte Ende bezieht sich auf den Abschluss der LPH 8 (inkl. Nachlaufzeiten für Rechnungsprüfungen u. ä.). Die LPH 9 läuft darüber hinaus. Eine Verlängerung des Auftrages kann insbesondere dann eintreten, wenn Projektverzögerungen entstehen, die der Auftragnehmer nicht zu verantworten hat oder eine zeitnahe Freigabe durch den Zuschussgeber nicht erreicht werden kann.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien

(Mindestanforderungen):

Beschreibung des Auswahlkriteriums: a) Erklärung des Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft über den Gesamtumsatz des Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV. Mindestanforderung ist ein Gesamtumsatz (Jahresmittel) von 900.000 EUR brutto im Leistungsbild Objektplanung Gebäude; b) Erklärung des Bewerbers zur Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1 bzw. Abs. 4 VgV: Eigenerklärung im Teilnahmeantrag über das Vorliegen oder die Bereitschaft zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung über 3.000.000 EUR für Personenschäden und über 5.000.000 EUR für Sachschäden bei einem Versicherungsunternehmen, das in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist. Die Erklärung des Versicherungsunternehmens über das Vorhandensein oder die Bereitschaft zum Abschluss muss vor Auftragserteilung mit dem Angebot eingereicht werden und darf nicht älter als sechs Monate sein, gerechnet vom Tag der Bekanntmachung an. Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Jahr betragen. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Die Versicherung kann bereits ständig abgeschlossen sein oder im Auftragsfall projektbezogen abgeschlossen werden. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (d. h. ohne Unterscheidung nach Personen- und Sachschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens nachgewiesen werden, in der sie den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien

(Mindestanforderungen):

Beschreibung des Auswahlkriteriums: a) Erklärung des Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft über die Anzahl der technisch festgestellten Mitarbeiter (bei 40 h / Woche) (MA) und der Führungskräfte (FK) in den letzten 3 abgeschlossenen Jahren (2022, 2023, 2024) gem. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV. Die Mindestanforderung ist ein jährliches Mittel von 9 technisch festgestellten Vollzeit-Mitarbeitern inkl. Geschäftsführung (GF) im Leistungsbild Objektplanung Gebäude. Freie MA sind wie Unterauftragnehmer im Teilnahmeantrag aufzuführen. Die "Verpflichtungserklärung bei Unteraufträgen" gem. § 47 Abs. 1 VgV im Teilnahmeantrag unter Anlage 1 ist von den freien MA auszufüllen. b) Angabe der Fachkräfte gem. § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV: Erklärung des Bewerbers über die Berufsqualifikation eines GF oder einer FK gem. §75 VgV: Der Bewerber erfüllt die fachlichen Anforderungen, wenn in der GF bzw. unter den FK mind. 1 Person berechtigt ist, die Berufsbezeichnung "Architekt" gem. §75 VgV im jeweiligen Herkunftsstaat des Bewerbers (Sitz d. Bewerbers) zu führen. Nachweis durch Vorlage einer Eintragung in die Architektenkammer und Abschlussurkunde m. Angabe

d. Fachrichtung u. Abschlussdatum. Falls im jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung "Architekt" nicht gesetzl. geregelt sein sollte, sind vergleichbare fachliche Qualifikationen nachzuweisen, also Befähigungsnachweise vorzulegen, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2013/55/EU - Berufsanerkenntnisrichtlinie - gewährleistet ist. c) Die Berufserfahrung des GF oder der FK [hierbei muss es sich um dieselbe Person handeln wie unter b) Berufsqualifikation] im Leistungsbild Objektplanung Gebäude ist jeweils durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen. Mindestanforderung sind 8 Jahre Berufserfahrung für den GF oder die FK im Leistungsbild Objektplanung Gebäude.

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Auflistung und kurze Beschreibung der Auswahlkriterien (Referenzbewertung):
Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angabe von 3 Referenzen (Ref 1+ Ref 2: LPH 2-5, Ref 3: LPH 6-8) gem. § 75 Abs. 5 VgV. Folgende Wertungskriterien gelten bei den Referenzprojekten: Ref 1+2: Der Referenzzeitraum muss zwischen 01.01.2015-31.12.2024 liegen, die LPH 2 darf nicht vor diesem Zeitraum begonnen und die LPH 5 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein. Ref 3: Der Referenzzeitraum muss zwischen 01.01.2015-31.12.2024 liegen, die LPH 6 darf nicht vor diesem Zeitraum begonnen und die LPH 8 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein. Die Nichteinhaltung führt zur Wertung mit 0 Punkten bei der betroffenen Referenz, nicht aber zum Ausschluss. ---- Folgende Wertungskriterien gelten bei der Referenzkategorie 1:- Bauvolumen brutto (KG 300+400) (max. Punktzahl bei mind. 15,0 Mio EUR),- Honorarzone (max. Punktzahl bei mind. HZ III),- dem Bewerber beauftragte und von ihm vollständig erbrachte LPHen (max. Punktzahl bei LPH 2-5),- Vollständigkeit der Projektdarstellung des Referenzprojektes, auf je höchstens 2 DIN A4-Seiten oder 1 DIN A3-Seite, graphische Darstellung (z. B. mit Grundrissen, Ansichten, Fotos etc.) und kurze Beschreibung in Textform (falls ja: volle Punktzahl). ---- Folgende Wertungskriterien gelten bei der Referenzkategorie 2:- Bauvolumen brutto (KG 300+400) (max. Punktzahl bei mind. 10,0 Mio EUR),- Honorarzone (max. Punktzahl bei mind. HZ III),- dem Bewerber beauftragte und von ihm vollständig erbrachte LPHen (max. Punktzahl bei LPH 2-5),- Vollständigkeit der Projektdarstellung des Referenzprojektes, auf je höchstens 2 DIN A4-Seiten oder 1 DIN A3-Seite, graphische Darstellung (z. B. mit Grundrissen, Ansichten, Fotos etc.) und kurze Beschreibung in Textform (falls ja: volle Punktzahl). ---- Folgende Wertungskriterien gelten bei der Referenzkategorie 3:- Bauvolumen brutto (KG 300+400) (max. Punktzahl bei mind. 15,0 Mio EUR),- Honorarzone (max. Punktzahl bei mind. HZ III),- dem Bewerber beauftragte und von ihm vollständig erbrachte LPHen (max. Punktzahl bei LPH 6-8), - Vollständigkeit der Projektdarstellung des Referenzprojektes, auf je höchstens 2 DIN A4-Seiten oder 1 DIN A3-Seite, graphische Darstellung (z. B. mit Grundrissen, Ansichten, Fotos etc.) und kurze Beschreibung in Textform (falls ja: volle Punktzahl). ---- Zusatzpunkte (es genügt, wenn die Unterkategorie jeweils bei einer Referenz erfüllt ist) für:- Zusammenarbeit mit öffentl. AG / einschlägige Vergaberichtlinien (falls ja: volle Punktzahl), - Mitwirkung bei Beschaffung von öffentlichen Fördermitteln (mit Benennung des Förderprogramms) (falls ja: volle Punktzahl), - Gegenstand war die Planung und bauliche Umsetzung eines Anbaus an ein Bestandsgebäude (falls ja: volle Punktzahl), - Gegenstand war eine energet. Sanierung (falls ja: volle Punktzahl), - Gegenstand war die Planung v. Lernhauskonzepten / Lernclustern (falls ja: volle Punktzahl). - Gegenstand eines der Referenzprojekte war ein Bauvorhaben mit einem freien Lüftungskonzept ohne Lüftungsanlage (falls ja: volle Punktzahl) ---- Der AG behält sich vor, Bescheinigungen von öffentlichen und privaten AG über die Ausführung der angegebenen Referenzprojekte anzufordern. Bewerber, bei denen im Zuge der Referenzprüfung festgestellt wird, dass die gemachten Angaben nicht korrekt sind, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen. Als Büroreferenz wird auch eine Referenz gewertet, die von den Mitarbeitern

des Büros in ihrer Tätigkeit bei einem früheren Arbeitgeber erarbeitet worden sind, wenn eine weitgehende Identität zwischen den Personen, die für den Referenzauftrag beim früheren Unternehmen zuständig waren, und den Mitarbeitern im neuen Büro besteht.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Punkte, genau): 87,00

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: - wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, - technische und berufliche Leistungsfähigkeit. - oben unter "Sonstiges" genannte Kriterien zur Referenzbewertung. ----- Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Eignungskriterien" und "Auswahlkriterien". ----- Konkretisierung Losverfahren in Ergänzung zu § 75 (6) VgV: Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, so wird die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden. ----- Hinweis Nachnominierung: Im Falle einer Absage eines Teilnehmers der Vergabeverhandlung behält sich die Vergabestelle vor, der Rangfolge des Auswahlverfahrens entsprechend das nächstplatzierte Büro zur Teilnahme an der Vergabeverhandlung einzuladen. Ein Rechtsanspruch auf diese sogenannte Nachnominierung besteht aber nicht. Eine Nachnominierung wird, wenn dann jedoch nur bis spätestens 15 Tage vor Angebotssubmission ausgesprochen. Diese Regelung soll einem nachnominierten Teilnehmer eine Mindest-Vorbereitungszeit und somit die Gleichbehandlung aller Teilnehmer sicherstellen.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: A) Darlegung des vorgesehenen Projektteams (mit Unterkriterien)

Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungskriterien dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien".

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: B) Herangehensweise an die konkrete Planungsaufgabe (mit Unterkriterien)

Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungskriterien dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien".

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: C) Honorar

Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungskriterien dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien".

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

5.1.11. **Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 03/02/2025 00:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DB3H1UW/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DB3H1UW>

5.1.12. **Bedingungen für die Auftragsvergabe**

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DB3H1UW>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 13/02/2025 09:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 90 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gem. § 56 Abs. 2 VgV behält sich der Auftraggeber vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzufordern. Ein Rechtsanspruch auf Nachforderung besteht aber nicht.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Verfahrensbedingungen:

Sicherheitsüberprüfung ist erforderlich Beschreibung: Entsprechend der Verordnung (EU) 2022 /576 dürfen öffentliche Aufträge und Konzessionen nach dem 09. April 2022 nicht an

Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der

Vorschrift aufweisen. Bewerber müssen Ihre Bereitschaft erklären, dass in den

Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formblatt 127 (Erklärung zu Bezug Russland) im

Auftragsfall auszufüllen und zu unterschreiben. ---- Entsprechend des Gesetzes für den

Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention (Masernschutzgesetz) darf (z.B. in

Gemeinschaftseinrichtungen, Medizinischen Einrichtungen) nur Personal mit Impfschutz,

Immunität oder medizinischer Kontraindikation eingesetzt werden. Bewerber müssen bereit

sein, im Auftragsfall beide Erklärungen zu unterzeichnen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. **Techniken**

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Verstöße im Sinne von § 135 Abs. 1 GWB (Unwirksamkeit des Vertrages) sind in einem Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend zu machen. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im EU-Amtsblatt bekanntgemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU (§ 135 Abs. 2 GWB). Ein Nachprüfungsverfahren ist nur bei Einhaltung nachfolgender Voraussetzungen zulässig: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die der Bewerber im Vergabeverfahren erkannt hat, sind gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis zu rügen. Der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist binnen 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, einzureichen (§ 160 Abs. 3 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Königsbrunn

Beschaffungsdienstleister: Meixner-Partner Projektentwicklung Projektsteuerung GmbH

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Königsbrunn

Registrierungsnummer: DE127508059

Postanschrift: Marktplatz 7

Stadt: Königsbrunn

Postleitzahl: 86343

Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Landkreis (DE276)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@koenigsbrunn.de

Telefon: +49 8231 606-196

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Meixner-Partner Projektentwicklung Projektsteuerung GmbH

Registrierungsnummer: DE 226852359
Postanschrift: Gögginger Straße 93
Stadt: Augsburg
Postleitzahl: 86199
Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Kreisfreie Stadt (DE271)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Andrea Kairies-Soti / Andrea Achim
E-Mail: vgv@meixner-partner.de
Telefon: +49 821 50105-120
Fax: +49 821 50105-10
Rollen dieser Organisation:
Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern
Registrierungsnummer: DE 811335517
Postanschrift: Maximilianstr. 39
Stadt: München
Postleitzahl: 80534
Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de
Telefon: 08921762411
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 958f4de2-e1a9-4d90-bd45-f18fb1467561 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 13/01/2025 08:51:58 (UTC+01:00)
Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 22264-2025
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 9/2025

Datum der Veröffentlichung: 14/01/2025